

**Gabriele Schnell,
Der 17. Juni 1953 in Bantikow**

17. Juni 1953

Nachmittags weiß es im Dorf nahezu jeder. Nicht nur in Berlin, auch ganz in der Nähe, in Wusterhausen, hat es um 12.00 Uhr eine Kundgebung auf dem Marktplatz gegeben. Mehr als 200 Erwachsene und 150 Kinder sind anschließend durch die Straßen marschiert. Und am nächsten Tag soll eine Demonstration in der Kreisstadt Kyritz stattfinden! Daran, sind sich zahlreiche Einwohner sicher, wollen auch sie teilnehmen.

Am Abend zieht es viele Bantikower in den Dorfgasthof. Eingeladen hat der Demokratische Bauernbund Deutschlands (DBD), aber nur zwei oder drei Gäste setzen sich in den Veranstaltungssaal. Der Schankraum ist dagegen mit 60 bis 80 Dorfbewohnern überfüllt. Erregt diskutieren sie die Ereignisse des Tages. Für Debatten sorgt außerdem das Gerücht, die LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) würde wieder aufgelöst. Am Ende sind sich die Anwesenden einig, dass auch in ihrem Ort ein Zeichen gesetzt werden muss. Gemeinsam verlassen sie die Gastwirtschaft.

Draußen im Freien stimmt ein Bauer das Lied „Freiheit, die ich meine“ an, und alle stimmen ein. Singend laufen die Frauen und Männer die kaum beleuchtete Dorfstraße entlang.

Weitere Bantikower verlassen ihre Häuser und schließen sich ihnen an. Als der Demonstrationzug drei Schaukästen erreicht, halten die Menschen inne. Mehrere Männer graben die im Erdreich verankerten Schaukästen aus und legen sie auf den Boden. Auch die SED-Parolen, die großformatig ein Wohnhaus und die Mauer der Schule verzieren, erregen Unmut. Mit Kalkfarbe wird eine Parole überstrichen. Die zweite wird so verändert, dass nun „Wir fordern ein Deutschland“ zu lesen ist.

Etwa 30 Bauern scheren aus dem Demonstrationzug aus. Sie laufen zum Haus des LPG-Vorsitzenden und teilen ihm mit, dass alle Genossenschaftsbauern ab morgen nicht mehr für die LPG arbeiten werden.

Am Ende der Dorfstraße erheben die Demonstranten eine Forderung, die für Bantikow von großer Bedeutung ist: Der Seeweg muss wieder geöffnet werden! Denn seit im Ort die Zentralschule der Nationalen Front ansässig ist, versperrt ein Zaun den Zugang zum See. Sämtliche Beschwerden darüber an den Rat der Gemeinde und an den Landrat waren bisher erfolglos geblieben. Kurz vor Mitternacht holen einige Demonstranten den Bürgermeister aus dem Bett. Er soll diese Forderung dem Leiter der Bildungseinrichtung vortragen. In der Nähe des versperrten Seeweges, am Pförtnerhäuschen, bleiben alle abwartend stehen. Sie verlangen, den Leiter zu sprechen. Doch der verweigert sich und schickt seinen Wirtschaftsleiter. Einer der Demonstranten sagt laut: „Es wird nicht verhandelt, sondern gehandelt! Die Macht ist an das Volk übergegangen!“ Der Wirtschaftsleiter zieht sich bald wieder zurück. Unzufrieden gehen die Demonstranten nach Hause.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

18. Juni 1953

Die Volkspolizei nimmt mehrere Einwohner von Bantikow fest. Unter den Bedingungen der Untersuchungshaft in Kyritz verfassen Karl S., Erich K. und Heinz K. noch am selben Tag einen Brief an die Bewohner ihres Dorfes:

„Wir haben eingesehen, dass wir durch unser Verhalten der Herbeiführung der Einheit unseres Vaterlandes einen schweren Schaden zugefügt haben. Wir sind alle auf die gewissenlose Hetze des Rias und des NWDR hereingefallen und bitten alle Einwohner unseres Dorfes, die Vorgänge am Abend des 17.6.53 genau wie wir auf das Schärfste zu verurteilen.“

Anfang August 1953 verhaftet das MfS die angeblichen „Aufwiegler“, einen 40-jährigen Kaufmann und einen 38-jährigen Landwirt. *„Die begangenen Verbrechen der beiden Beschuldigten zeigen mit aller Deutlichkeit, dass sie reaktionäre Elemente und Feinde der demokratischen Entwicklung sind, die vor Zerstörungen demokratischer Einrichtungen nicht zurück schreckten und darüber hinaus bewiesen haben, dass sie gewillt sind, Handlangerdienste für die imperialistischen Kriegstreiber zu leisten.“*

Am 9. Oktober 1953 werden beide vom Landgericht Potsdam zu Haftstrafen verurteilt, der Kaufmann zu einem Jahr und drei Monaten, der Landwirt zu neun Monaten.

Quellen:

BStU, Ast. Potsdam, AS 1/53, Bd. VIII; BStU, Ast. Potsdam, AU 336/53, Bd.1; BLHA, Rep. 530, Nr. 1001 ; BStU, Ast. Potsdam, Karteierfassung F18/C1.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---